

Zeitschrift:	Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins, des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen = Bulletin de l'Association suisse des électriciens, de l'Association des entreprises électriques suisses
Herausgeber:	Schweizerischer Elektrotechnischer Verein ; Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen
Band:	73 (1982)
Heft:	2
Rubrik:	Pressespiegel = Reflets de presse

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 26.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

falls keine Umbauten vorgenommen werden, Innerferrera nie richtig durchgespült werden können und daher unaufhaltsam verlanden.

Die Umleitung des Gerölls

Einen anderen Weg, des Gerölls Herr zu werden, suchen die österreichischen Tauernkraftwerke beim Speicher Gmünd. Dieser Weg wurde inzwischen auch in den anderen Alpenländern vielfach beschritten. Er besteht darin, am Einlauf des Zuflusses in den Stauraum einen Damm zu errichten, der Hochwasser und Steine gar nicht erst in den Stauraum lässt, sondern in einen Stollen ablenkt; der umgeht den Stausee und mündet unterhalb davon wieder ins Bachbett. Freilich musste auch hier – der Speicher wurde 1945 fertiggestellt – allerhand Lehrgeld bezahlt werden: Weder die ursprüngliche Betonauskleidung des Stollens noch die späteren mit Stahlplatten hielten der Wucht des Geschiebes aus Fels und Wasser stand (jährlich fliessen 1,3 Millionen m³ «Gemisch» durch den Gmünder Stollen); Platten aus dem schweren Schmelzbasalt erwiesen sich schliesslich am widerstandsfähigsten und werden allgemein angewandt.

Sofern ein Fluss nicht schon im Gebirge gestaut wird, tritt das Geröllproblem eben weiter unten zutage, so auch im deutschen Alpenvorland, wo sich die Speicherstufe IV an der Iller seit 1961 zu mehr als 40% aufgefüllt hat. Noch wirken sich diese und ähnliche starke Verlandungen der obersten Staustufen an Günz, Lech und Wertach nicht nachteilig auf den Betrieb der Kraftwerke aus. Hin-

Pressespiegel – Reflets de presse



Diese Rubrik umfasst Veröffentlichungen (teilweise auszugsweise) in Tageszeitungen und Zeitschriften über energiewirtschaftliche und energiepolitische Themen. Sie decken sich nicht in jedem Fall mit der Meinung der Redaktion.

Cette rubrique résume (en partie sous forme d'extraits) des articles parus dans les quotidiens et périodiques sur des sujets touchant à l'économie ou à la politique énergétiques sans pour autant refléter toujours l'opinion de la rédaction.

Nicht kneifen

mrs. – Zwar ist die Atomstopp-Initiative gescheitert, aber noch in diesem Monat will die Schweizerische Energie-Stiftung ihre beiden Volksinitiativen über Atom und Energie, die mit je 120000 Unterschriften zustandegekommen sind (vgl. gestriges «OT»), im Bundeshaus hinterlegen. Die energiepolitische Debatte geht also weiter.

Nicht nur Kernkraftgegner, sondern auch vom Bund bestellte Experten sorgen für weitere heisse Auseinandersetzungen – ganz abgesehen vom Geschehen um Kaiseraugst. Der Vorentwurf zu einem Strahlenschutz- und Kernenergienutzungsgesetz (abschauliches Bundesdeutsch) kommt zwar den Gegnern der Atomenergie stark entgegen, ruft aber bei jenen Leuten, die sich eine energiepolitische Zukunft ohne zusätzliche Kernkraftwerke nicht vorstellen können, einhellige Empörung hervor. Sie machen geltend, dass im Vorentwurf überhaupt nicht in Rechnung gestellt wird, wie sich die energiepolitische Zukunft darstellt und welche Bedingungen wir erfüllen müssen, um die Räder unserer Wirtschaft auch noch im Jahre 1990 und 2000 laufen zu lassen.

Auch wenn sich die düsteren Prognosen der Befürworter nur teilweise erfüllen sollten, müsste eine Verknappung der Energie immerhin bedeuten, dass sich diese erheblich verteuert, und es stellt sich die Frage, ob Bundesexperten in ihren Entwürfen anstehende Probleme einfach kurzfristig «beerdigen» dürfen, ohne daran zu denken, dass sie sogar ihren eigenen Lohn letztlich aus jenen Mitteln beziehen, welche die Wirtschaft – auch langfristig – erarbeitet.

Zählen wir zu einem derartigen, künstlich erzeugten Teuerungsschub noch die beiden anderen hinzu, die auf uns zukommen, nämlich die steigenden Amortisationskosten der Kernkraftwerke und die Aufwendungen für Wiederaufbereitung und Entsorgung, müssen wir uns ohnehin mit konstant und relativ stark steigenden Energiekosten abfinden.

Doch in dieser Frage liegt nicht einmal der wichtigste Grund für die Unzufriedenheit mit dem Vorentwurf zu einem neuen Atomgesetz. Grundsätzlich zielt dieser nämlich auf ein praktisches Verbot künftiger Kernkraftwerke ab, indem er die Voraussetzungen für den Bau nicht nur drastisch erschwert, sondern den möglichen Bauherren auch keine Rechtssicherheit mehr bietet. Im erläuternden Bericht

gegen wäre zum Beispiel der Speicher Högmoos im Salzburgischen, der nach 75 km ungehinderten Laufs die Salzach erstmals unterbricht, schon nach einem Jahr unbrauchbar, wenn er nicht bis zu dreimal jährlich gespült würde: Er fasst nämlich 220000 m³, und je Spülung werden bis zu 90000 m³ Schotter ausgewaschen.

Kampf gegen Geröll und Schlamm ist Daueraufgabe

Ob im Gebirge oder im Alpenvorland – der Kampf gegen Geröll und Schlamm macht die Stauseen zu ewigen Baustellen. Immer aber ist es eine Sisyphusarbeit: Was hinausgespült oder herausgebaggert wird, ist über kurz oder lang wieder «ersetzt» einschliesslich Draufgaben, die mit der Zeit den Stauraum wieder zu dem machen, was er einst war – zu einem Flusslauf, dessen Bett allerdings höher liegt als vordem. Noch besteht nicht die Gefahr, dass viele Speicherseen schon morgen verlandeten; der Grimselsee mit seinen 100 Millionen m³ Fassungsvermögen dürfte – wie ähnliche Grossspeicher in den Alpen – erst in 1500 Jahren kein Wasser mehr fassen. Doch etliche kleinere könnten innerhalb weniger Generationen trocken liegen. Diese Aussicht weist nachdrücklich darauf hin, dass auch eine «unerschöpfliche» Energiequelle wie die Wasserkraft ihre Grenzen hat: Verlandete Stau- und Speicherseen erfüllen nicht nur ihren Zweck nicht mehr, sie verstehen auch die günstigsten Standorte für Ersatzsperren.

Rudolf Weber

der Experten liest man zwar, der Bund solle Bau und Betrieb von Kernkraftwerken «nicht rundweg verhindern»; doch dies ist genau das Ziel, das man mit dem Entwurf erreicht. Beschönigende Worte ändern daran nichts.

Wir meinen: Sowohl Gegner wie Befürworter der Kernenergie können sich mit der heutigen Lage nicht abfinden. Abzulehnen ist jeder Versuch, die Debatte auf Schleichwegen aus der Welt zu schaffen, wie dies der Vorentwurf tut. Wer an der wirtschaftlichen Zukunft unseres Landes interessiert ist – es geht dabei schliesslich um unser Brot – verlangt von den Leuten im Bundeshaus zum mindesten, dass sie entweder zur Kernenergie stehen oder eine tragfähige Alternative zur Kernenergie in die Debatte werfen. Was sie nicht dürfen: vor ihrer Verantwortung knien!

«*Oltner Tagblatt*», Olten, 2. Dezember 1981

Umstrittene Kraftwerkbesteuerung

Chur, 10. Dezember (sda) In der Frage der Gewinnberichtigung bei interkantonal tätigen Partnerkraftwerken sieht sich die *Bündner Regierung* durch die Eidgenössische Steuerverwaltung bestätigt. Sie hatte dazu im Mai 1980 bei der Bundesversammlung eine Standesinitiative eingereicht. In ihrer Stellungnahme zu einem im Auftrag der ständerätslichen Vorberatungskommission von der Eidgenössischen Steuerverwaltung erarbeiteten Grundlagenbericht stellt die Bündner Regierung mit Genugtuung fest, dass dieser Bericht die in der Standesinitiative angeschnittenen Probleme als «bestehend und einer Lösung harrend» erkannte.

In ihrer Stellungnahme hält die Bündner Regierung fest, dass sich alle Gebirgskantone einig darüber seien, dass der in der Standesinitiative aufgezeigte Weg im Sinne einer Gewinnberichtigung einer von mehreren darstellt, um das Problem der Kraftwerkbesteuerung zu lösen. Ihrer Ansicht nach kann dann auf den Erlass eines neuen Bundesgesetzes verzichtet werden, wenn sich das angestrebte Ziel über die *Praxis* lösen lässt, so wie es auch im Bericht der Eidgenössischen Steuerverwaltung erwähnt wird. Um keine Zeit zu verlieren, habe denn auch die bündnerische Steuerverwaltung bereits im laufenden Veranlagungsverfahren die entsprechenden Gewinnkorrekturen vorgenommen. Ob aber diese Veranlagung vor *Bundesgericht* standhalten werde, sei heute noch ungewiss.

Aus diesem Grunde schlägt die Bündner Regierung vor, vorläufig die Entscheide des höchsten Gerichts abzuwarten. Sollte der Kanton mit seiner Veranlagung Erfolg haben, könnte die Standesinitiative abgeschrieben werden.

«*Neue Zürcher Zeitung*», Zürich, 11. Dezember 1981